

An die  
Präsidentin des Landtags

Per Email

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
16. WAHLPERIODE

**STELLUNGNAHME  
16/3761**

A05, A19

**Politisches Bildungsforum  
Nordrhein-Westfalen**

Dr. Ludger Gruber  
Leiter / Landesbeauftragter

Büro Bonn

Telefon: +49 2241-2464417  
Telefax: +49 2241-24654417  
ludger.gruber@kas.de  
[www.kas.de](http://www.kas.de)

Büro Düsseldorf

Telefon: +49 211-83680563  
Telefax: +49 211-83680569

22. April-2016 -

**Stellungnahme für das Sachverständigengespräch des  
Hauptausschusses am 26. April 2016**

Sehr geehrte Frau Präsidentin,  
sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
sehr geehrte Damen und Herren,

ich danke Ihnen für Ihre Einladung zum Sachverständigenge-  
spräch und die Gelegenheit zur Stellungnahme aus der Sicht  
eines Verantwortlichen der Politischen Bildung einer Politi-  
schen Stiftung. Folgende knappe Punktation ist die Grundlage  
meines Statements:

**1. Gesamtkontext**

Die Konrad-Adenauer-Stiftung begrüßt prinzipiell die Leitidee  
des Antrages, mittels eines Integrationsplanes die vielfältigen  
Erfolgsfaktoren (Handlungsfelder) gelingender Integration in  
einem Integrationsplan zu bündeln und Verknüpfungen zwis-  
chen unterschiedlichen Fachbereichen im Sinne von mehr  
Effizienz wie Effektivität herzustellen.

Für die Politische Bildung möchte ich im knappen Statement  
die Themen „Leitbild“ und das „Handlungsfeld 5: Starke Zivil-  
gesellschaft – konsequent gegen Rassismus und Fremden-  
feindlichkeit“ ansprechen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
Büro Bonn  
Rathausallee 12  
53757 Sankt Augustin  
Telefon: +49 2241-2460  
ludger.gruber@kas.de

Büro Düsseldorf  
Benrather Strasse 11  
40213 Düsseldorf  
Telefon: +49 211-8368056-0

## 2. Leitbild

Integration verstehen wir als einen bidirektionalen Prozess zwischen den bereits hier lebenden und den neu ankommenden Menschen. Diese Vorgänge bedürfen des Engagements vieler, vor allem der Betroffenen auf beiden Seiten. Diese Verständigung durch besondere Angebote, Initiativen und Maßnahmen auf breiter Front zu fördern, gehört zu den wichtigsten gesellschaftlichen „Investitionen“ der nächsten Jahre. Wir verfolgen das Leitbild, die Werteordnung des Grundgesetzes als nicht verhandelbare Grundlage zu kommunizieren, die den Menschen im weltweiten Vergleich ein Maximum an persönlicher, wirtschaftlicher, sozialer, religiöser und kultureller Freiraum gewährt.

## 3. Zielgruppen

Die Kernfrage des Politischen Bildners, aus denen sich alle Maßnahmen und deren Ausrichtung ableiten, ist die Frage des Adressaten. Die Konrad-Adenauer-Stiftung unterscheidet grob zwischen Maßnahmen für

- die Aufnahmegesellschaft, um ein gemeinsames Leitbild zu entwickeln, zu informieren, Orientierung und Akzeptanz zu vermitteln sowie zum aktiven Mitwirken zu ermutigen.
- die ankommenden Menschen: Hier steht das Verstehen unserer Gesellschaft, unseres Staates, unseres Wertsystems und der politischen Ordnung im Vordergrund. Diese Zielgruppe zu erreichen ist die größte, u.E. didaktisch noch nicht ausreichend konzipierte Herausforderung. Hinzu kommt die große Volatilität und Heterogenität der Zielgruppe, deren wirkungsvolle Ansprache einen erheblichen finanziellen wie personellen Ressourceneinsatz verlangt.
- die Brückenbauer, also vornehmlich die ehrenamtlich Engagierten und die sog. „Demokratievermittler“, die eine Schlüsselrolle in der Verknüpfung der kulturell-sozial sehr heterogenen Welten wahrnehmen.

## 4. Maßnahmen

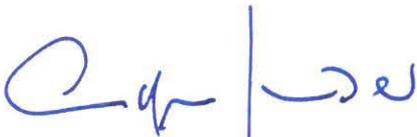
- Die Konrad-Adenauer-Stiftung setzt ihr gesamtes Angebotsportfolio von öffentlichkeitswirksamen Großveranstaltungen, Konferenzen über das Seminar- und Trainingsangebot bis hin zu digitalen Angeboten und Publikationen für die Bewältigung dieser komplexen Aufgabe ein. So ist ihre zweisprachige „Information für Flüchtlinge“ bereits mehrere hunderttausend Mal veräußert und verteilt worden.
- Eine interne bereichsübergreifende Task-Force bündelt unser authentisches Fachwissen über die Fluchtursachen und deren Bekämpfung aus unseren Büros aus vielen Ländern und Regionen, die Politikberatung im Inland und das breite Umsetzungsinstrumentarium der Politischen Bildung. Insbesondere die Politische Bildung ist ein bewährtes,

sehr effektives, sich stetig erneuerndes Instrument zur Erreichung der o.g. Meta-Ziele.

- Die Bekämpfung aller demokratiegefährdenden „Extremismen“ gehört zum wesentlichen Daseinszweck der Politischen Stiftungen. Neben der unverzichtbaren Bekämpfung des Rechtsextremismus wollen wir die Warnung des Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz vor dem Salafismus ernst nehmen und uns präventiv noch intensiver mit dem heiklen Thema Islam / Politischer Islam / Islamismus befassen. Hier gilt es, den Respekt vor dem friedlich gelebten Glauben von ca. 5 Mio. gut integrierten Muslimen in Deutschland zu sichern und sich zugleich einer radikalen, unsere Menschenrechte neigierenden islamistischen Ideologie entgegenzustellen.

## 5. Rahmenbedingungen

- Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat großen Respekt vor der schwierigen Aufgabe, wie sie im Antrag beschrieben ist.
- Wir warnen vor einem Aktionismus, der wesentliche Voraussetzungen erfolgreicher politischer Bildung übersieht und einen schnellen Erfolg sucht.
- Wir begrüßen und forcieren jede Bemühung, die vielen Träger und Anbieter politischer Bildung miteinander zu verzahnen, arbeitsteiliger vorzugehen und Synergieeffekte zu suchen. Redundanz und Unabgestimmtheit von Aktivitäten führen zu Fehlallokationen der knappen öffentlichen Mittel.
- Wir schließen uns der Meinung an, dass diese große Zusatzherausforderung nicht im Rahmen bisheriger Ressourcen angemessen bewältigt werden kann. Zum einen verlangt diese Aufgabe neue Kompetenzen und Zugänge, die noch nicht vorhanden sind (also Investitionen in Personal, Didaktik und Methodik), zum anderen dürfen wir nicht die bislang angesprochenen Zielgruppen außer Acht lassen. Das würde den ohnehin gefährdeten gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland weiter schmälern.
- Integration ist ein nachhaltiger Vorgang, der keine kurzfristigen Projektfinanzierungen verträgt. Deshalb plädieren wir für eine dauerhafte Kompetenz- und Leistungssteigerung der politischen Bildungseinrichtungen durch berechenbare finanzielle Planungsgrößen.



(Dr. Ludger Gruber)  
Landesbeauftragter